

Wird sich Ihre Partei für eine verfassungsrechtliche Schuldenbremse auf Landesebene einsetzen?

Solide Finanzen in einem Staat, der rechnen kann, waren, sind und bleiben unser Ziel. Sie sind die Grundvoraussetzung für außerplanmäßige finanzielle Kraftanstrengungen in unvorhergesehenen Krisenfällen. So waren in der Corona-Krise die Einrichtung eines Rettungsschirms erforderlich. Nach der Krise dürfen diese zusätzlichen Schulden die junge Generation nicht länger als notwendig belasten. Einem Aufweichen der Schuldenbremse treten wir deswegen entschieden entgegen. Mit entsprechenden Anträgen haben wir bereits in der Vergangenheit hinterlegt, dass wir eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung für sachgemäß halten. Leider gab es für eine verfassungsrechtliche Verankerung der Schuldenbremse in NRW bisher keine verfassungsändernde politische Mehrheit.

In welchem Zeitraum strebt Ihre Partei einen Abbau der Corona-Schulden an? Setzen Sie sich generell für einen systematischen Abbau der Staatsverschuldung ein?

Unser Anspruch an generationengerechte Politik ist es, den rechtlich möglichen Tilgungszeitraum von 50 Jahren für die aufgenommenen Corona-Schulden nach Möglichkeit nicht auszureizen. Angesichts des prognostizierten Anstiegs der Steuereinnahmen soll die Schuldenlast schneller abgebaut werden. Wir wollen so auch auf mögliche weitere Ereignisse, die die volle finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes erforderlich machen, vorbereitet sein. Wie schnell weitere finanzielle Herausforderungen auf den Landeshaushalt zukommen können, zeigen die Rettungspakete zu den Flutfolgeschäden oder die aktuell noch kaum zu beziffernden Herausforderungen mit Blick auf die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte wird Ihre Partei in der Landes-Haushaltspolitik setzen, um zu einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik zu gelangen?

Eine nachhaltige und generationsgerechte Haushaltspolitik setzt neben der Einhaltung der Schuldenbremse auch gezielte öffentliche Investitionen voraus, damit wir unsere Infrastruktur im hier und heute nicht auf Kosten der kommenden Generation verschließen. Auch angesichts der robusten Einnahmesituation des Landes braucht es dazu weder neue Schulden noch höhere Steuern. Um auch weiterhin die nötigen Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu schaffen, braucht es vielmehr einer sehr konsequenten Ausgabenkritik: Bei jedem Förderprogramm soll verbindlicher geregelt werden, welches Ziel warum mit welchem Instrument verfolgt wird – und anhand welcher Kriterien die Zielerreichung während und nach dem Programm gemessen werden soll. Insbesondere bei der regelmäßigen Bewertung der Programme braucht es eine noch bessere Fehlerkultur, um aus rückblickend wenig treffsicher verausgabten öffentlichen Mitteln die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Wie steht Ihre Partei zu einer Reform der Gewerbesteuer?

Der wichtigste Teil der kommunalen Einnahmen ist derzeit die Gewerbesteuer. Sie ist im Vergleich zu den übrigen Einnahmearten jedoch auch die volatilste: In Boom-Zeiten sprudeln die Einnahmen, eine Rezession reißt große Löcher in den Haushalt. Deswegen wollen wir die Gewerbesteuer langfristig durch einen höheren, kommunalen Anteil an der Mehrwertsteuer ersetzen. Das würde die Kommunen von konjunkturellen Schwankungen unabhängiger machen.

Welche Änderungen beabsichtigen Sie bei der Grunderwerbsteuer?

Aufgrund stark gestiegener Immobilienpreise ist auch die an den Kaufpreis gekoppelte Steuerlast durch die Grunderwerbsteuer stark gestiegen. Für viele junge Menschen und Familien stellt die – im Regelfall der Fremdfinanzierung aus dem Eigenkapital zu tragende - Steuer zunehmend eine entscheidende Hürde beim Immobilienerwerb da. Als Übergangslösung ist das Landesprogramm über 400 Millionen Euro zur Entlastung beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum der erste wichtige Entlastungsschritt.

Unser Ziel bleibt die Einführung eines Freibetrags. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung hierzu endlich die - von uns lange geforderte - rechtliche Möglichkeit schaffen will. Diese werden wir unverzüglich nutzen und in NRW schnellstmöglich einen Freibetrag für den Erwerb von selbstgenutztem Eigentum einführen. Neben dem priorisierten Projekt des Freibetrags setzen wir uns in einem zweiten Schritt für eine spürbare Senkung der Grunderwerbsteuer und damit für eine allgemeine Entlastung ein.

Wie steht Ihre Partei zu Änderungen, um die Eigenkapitalverzinsung in den kommunalen Gebührenhaushalten an die Realität anzupassen, den Straßenbaubeitrag abzuschaffen und eine Höchstfrist bei der Erhebung des Erschließungsbeitrags einzuführen?

Wir unterstützen Bestrebungen, die - über die Gebühren umzulegenden - Kosten der Eigenkapitalverzinsung in den kommunalen Gebührenhaushalten an ein marktübliches Zinsniveau anzupassen. Noch in der aktuellen Legislaturperiode haben wir die Bürgerinnen und Bürger vollständig bei den Straßenausbaubeiträgen entlastet. In der nächsten Legislatur wollen wir sie endgültig abschaffen. Dadurch befreien wir Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Käuferinnen und Käufer von Immobilien von einem erheblichen Kostenrisiko und bauen konkret Bürokratie ab. Bei den Erschließungsbeiträgen wollen wir eine bürgerfreundliche und rechtssichere Verjährungsfrist einführen.

Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei verfolgen, um die behördlichen Antragsverfahren durch die Digitalisierung zu beschleunigen und damit die Bürokratielasten zu senken?

Es soll zukünftig für alle Verwaltungsangebote ein Digitalisierungs-Grundsatz gelten. Jeder Kontakt mit der Verwaltung soll auch digital möglich sein – wenn gewünscht, vom heimischen Sofa statt im Bürgerbüro. Wir wollen so ein Recht auf digitale Erledigung umsetzen. Wir setzen uns ferner dafür ein, digitale Prozesse landesweit so zu gestalten, dass Digitalisierung nicht zur Belastung wird, weil sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen beispielsweise Daten für ganz verschiedene Vorgänge immer wieder neu eingeben müssen. Um das zu verhindern, wollen wir eine Once- Only-Garantie einführen. Wenn Personen und Unternehmen bestimmte Standardinformationen und Daten an Behörden nur noch einmal übermitteln müssen, kann ein umfassender Bürokratieabbau durch Digitalisierung auch wirklich gelingen

In welchen Bereichen sieht Ihre Partei Bedarfe, die öffentliche Infrastruktur auszubauen?

Im erhofften Aufschwung nach der Pandemie wollen wir die wieder anziehenden privaten Investitionen mit gezielten ergänzenden öffentlichen Investitionen und geeigneten Rahmenbedingungen flankieren. Wir setzen weiterhin auf Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildungsinfrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und Digitalisierung sowie auf ergänzende Infrastrukturmaßnahmen zur klimaneutralen Transformation des Wirtschaftsstandorts NRW und auf Investitionen in einen besseren Schutz kritischer öffentlicher Infrastrukturen.

Die öffentliche Hand darf in den Aufschwung hinein jedoch nicht pauschal als zusätzlicher Auftraggeber auftreten. Unüberlegte öffentliche Investitionen nach dem Gießkannenprinzip könnten

die angespannte Situation im Bausektor aufgrund von Materialknappheit zusätzlich verschärft, die Preise treiben und private Investitionen beispielsweise in die energetische Modernisierung von Gebäuden und Produktionsstätten ausbremsen.